

## Bund der deutschen Städte Oesterreichs.

### Von der Einkaufsstelle der deutschen Städte.

Im Rathause fand eine Sitzung des großen Ausschusses des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs statt, in welcher eine Reihe von wichtigen Angelegenheiten erörtert wurde. Dem vom Vorsitzenden Reichsratsabgeordneten Kraft erstatteten Bericht der Geschäftsleitung ist zu entnehmen, daß die im heurigen Frühjahr gegründete Einkaufsstelle deutscher Städte und Märkte Oesterreichs in ihrer Tätigkeit durch den Mangel an Nahrungsmitteln auf dem freien Markte stark eingeschränkt war. Die Bemühungen zur Beschaffung von Fett, Frühkartoffeln, Gemüse und anderen Waren hatten nur teilweise Erfolg.

Hinsichtlich der Versorgung der Städte mit Kohle wurde eine Denkschrift ausgearbeitet und den kompetenten Stellen überreicht, in welcher auf die unbedingte Notwendigkeit der Beschaffung von ausreichenden Mengen von Hausbrandkohle für Koch- und Heizzwecke im kommenden Winter hingewiesen wird. Nicht minder wichtig sei aber auch die Zuweisung von Kohle an die Approvisionierungsgewerbe (Bäcker, Gastwirtschaften) sowie an die städtischen Unternehmungen und Betriebe (Gaswerke, Elektrizitätswerke, Schlachthöfe, Molkereien u. a.). Die Denkschrift enthält eine Reihe von Vorschlägen, deren Durchführung geeignet ist, den Forderungen der Städte gerecht zu werden.

### Die Lage der öffentlichen Krankenanstalten.

Amtsleiter kaiserlicher Rat Freißler (Mährisch-Schönberg) berichtet über die schwierige Finanzlage, in welcher sich die öffentlichen Krankenanstalten währenddessen befinden, daß die Verpflegsgelühren der dritten Klasse zu niedrig bemessen sind. Es müsse auch die Ministerialverordnung vom Jahre 1857 aufgehoben werden, aus welcher der Landesauschuß das Recht ableitet, nach eigenem Ermessen die Verpflegstagen zu bestimmen.

Nach längerer Debatte, an der sich Bürgermeister Hameritz (Waldhofen) und Bürgermeister Gschaidler (Steyr) beteiligten, wurde beschlossen, von der Geschäftsleitung einen Gesuchentwurf ausarbeiten zu lassen, in welchem allen Forderungen der Städte bezüglich der städtischen öffentlichen Krankenanstalten Rechnung getragen werden soll.

### Die Kriegsteuer und die städtischen Unternehmungen.

Im Verlaufe der Beratung über die Finanzlage der Städte wurde eine Denkschrift der Gemeinde Wien vorgelegt, in welcher Verwahrung dagegen eingelegt wird, daß der erhöhte Ertrag der städtischen industriellen Unternehmungen in die Kriegsgewinnbesteuerung einbezogen werde. Die Gemeinde würde diese neue Last mit Rücksicht auf die übrigen außerordentlichen Kriegsauslagen nicht mehr tragen können.

Nach eingehender Begründung durch Vizebürgermeister Raim erklärte Reichsratsabgeordneter Denk sich bereit, einen diesbezüglichen Amendementantrag sofort im Abgeordnetenhaus einzubringen. Infolge dieses Antrages hat dann der Berichterstatter im Abgeordnetenhaus Dr. Steinwender im Namen der Regierung erklärt, daß Unternehmungen autonomer Körperschaften der Kriegsgewinnsteuer nicht unterliegen.

### Einführung einer städtischen Kriegsgewinnsteuer.

Amtsdirektor Dr. Blochl wies darauf hin, daß der Bund der deutschen Städte Oesterreichs schon Anfang 1916 die Einführung einer Kriegsgewinnsteuer als notwendig bezeichnet und gleichzeitig verlangt hat, daß aus deren Erträgnisse die Städte für ihre Kriegsauslagen durch entsprechende Ueberweisungen zu entschädigen sind. Nachdem bis heute eine Erledigung nicht erfolgte, so müsse neuerlich die Forderung nach den Ueberweisungen gestellt werden. Sollte dies abgelehnt werden, dann wäre der Gemeinde das Recht einzuräumen, zur Deckung ihrer nachweisbaren Kriegsauslagen einen angemessenen Zuschlag zur staatlichen Kriegsgewinnsteuer einzubeben.

### Weitere städtische Wünsche.

Magistratsrat Dr. Sagmeister erstattete ein eingehendes Referat über die Wohnungsfrage in den Großstädten nach dem Kriege. Ein zweites Referat über die Wohnungsfürsorge in mittleren und kleinen Städten wurde infolge der Verhinderung des Berichterstatters Bürgermeister Dr. Storch vertagt.

Amtsdirektor Dr. Blochl wünschte die Vereinfachung und Vereinheitlichung der Zeichnungen der städtischen Ämter und Beamten.

### Die Kohlenversorgung.

Bürgermeister Gschaidler teilte mit, daß er, um dem voraussichtlichen Kohlenmangel im Winter zu begegnen, sich bemüht habe, den Bedarf soviel als möglich durch Holzlieferung zu decken. Die Schwierigkeiten bestehen jedoch in der Unmöglichkeit, geschulte Arbeiter zu erhalten, es müsse deshalb versucht werden, von der Militärverwaltung Soldaten oder Kriegsgefangene zugewiesen zu erhalten. Ueber den Kohlenmangel und die Folgen sowie eine eventuelle Abhilfe äußerten sich dann noch Bürgermeister Husak (Leptitz), Doktor Schrimpl (Hohenelbe) und Stadtrat Urbanowsky (Mährisch-Ostau). Letzterer stellte folgenden Antrag: „Die Leitung des Bundes der deutschen Städte Oesterreichs wird ersucht, bei der Regierung dringendst dahin vorstellig zu werden, umgefaßt alle notwendigen Vorkehrungen zu treffen, damit die Bergbanbetriebe im allgemeinen öffentlichen und insbesondere im Interesse der Kohlenversorgung der Städte ehestens ihre volle Tätigkeit aufnehmen.“